



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

„Helmholtz – Langfristig forschen, nachhaltig wirken“

Rede

der Bundesministerin für Bildung und Forschung,

Prof. Dr. Annette Schavan, MdB,

anlässlich

der Jahrestagung der

Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft

am 20. September 2012

in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede

Das Wissenschaftsjahr 2012 ist dem „Zukunftsprojekt Erde“ gewidmet. Zahlreiche Veranstaltungen, zum Beispiel der große Kongress „Green Economy“, machen deutlich: Kurzfristigkeit ist bei Entscheidungen kein geeignetes Zeitmaß, um Verantwortung gegenüber künftigen Generationen wahrzunehmen. Menschliches Handeln hat schon zu sehr den Planeten Erde gefährdet.

I.

Wer von Nachhaltigkeit spricht, muss damit die Mahnung verbinden, dass Erkenntnisse der Wissenschaft ernst genommen und die Wege für exzellente Forschung langfristig gesichert werden. In der Partnerschaft von Wissenschaft und Politik stehen wir deshalb vor wichtigen Weichenstellungen.

Viele hervorragende Projektideen und Veranstaltungsformate in diesem Wissenschaftsjahr stammen von der Helmholtz-Gemeinschaft. Dafür möchte ich Ihnen allen und vor allem dem Präsidenten der Helmholtz-Gemeinschaft, Herrn Professor Mlynek, herzlich danken. Daraus spricht Entschiedenheit, Selbstbewusstsein und eine wirklich gestaltende Kraft der Helmholtz-Gemeinschaft. Darüber freue ich mich sehr. Ich finde Selbstbewusstsein der Wissenschaft wichtig – insbesondere auch für das öffentliche Gespräch. Es muss klar werden: Alles Reden über Nachhaltigkeit hat zwingend zur Konsequenz, dass wir uns im öffentlichen Handeln und in politischen Entscheidungen stärker daran orientieren, was an Wissen und Erkenntnis zur Verfügung steht.

Exzellente wissenschaftliche Arbeit muss und will Wirkung zeigen: in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, in der Kultur. Forscherinnen und Forscher wollen etwas bewegen und sie stehen mit ihrem enormen Wissen in einer besonderen Verantwortung.

Diese besondere Verantwortung verlangt vom Einzelnen und von den Forschungseinrichtungen weitaus mehr, als der eigenen Neugier zu folgen und überzeugende Förderanträge zu schreiben. Gefordert ist vor allem die Fähigkeit zum offenen Dialog – mit Kolleginnen und Kollegen anderer Fachrichtungen und anderer kultureller Hintergründe, aber auch mit den Bürgerinnen und Bürgern. Wir brauchen das Gespräch über Wissenschaft in der Mitte der Gesellschaft. Deshalb nimmt die Zahl der Bürgerdialoge zu, ebenso der Foren und nicht zuletzt der Dialoge im Kontext der weiteren Internationalisierung unseres Wissenschaftssystems.

Wirtschaft und Gesellschaft werden Forschungsergebnisse vor allem dann aufgreifen, wenn sie Vertrauen in die Wissenschaft haben. Wissenschaft und Forschung müssen überzeugend und glaubwürdig sein, sie müssen an den ethischen Prinzipien der Nachhaltigkeit festhalten und dürfen nicht um ihrer selbst willen wirken. Das gilt sowohl für die Auswahl und kritische Begleitung von Forschungsthemen als auch für die Durchführung von Forschungsprojekten.

II.

Ich empfinde es als oberste politische Pflicht der Wissenschafts- und Forschungspolitiker, in den Ländern, im Bund und auf europäischer Ebene verlässliche Partner für die Forschung zu sein. Das ist nicht nur gut für die Forscherinnen und Forscher sowie die Forschungsorganisationen, es ist ein Schlüssel für Zukunftsfähigkeit. Deshalb war uns wichtig – das gilt für die Bundesregierung, aber auch für viele, die in den Ländern Verantwortung tragen –, dass wir kurzfristiges Denken und Handeln überwinden und langfristige Perspektiven sowohl in finanzieller als auch in konzeptioneller Hinsicht schaffen.

Unsere Leitmarke muss sein, die Bedingungen für die Forschung in Deutschland dauerhaft auf einem hohen Niveau zu halten. Das Land mit dem höchsten Anteil an der Wertschöpfung, der auf Forschung basiert, ist Deutschland. Wer von Zukunftsfähigkeit spricht, muss etwas für Innovationsfähigkeit tun.

Innovative Forschung folgt nur selten einem festen Schema. Deshalb sind autonome Handlungsspielräume wesentlich für den Erfolg. Die Schlüssel für den zügigen Transfer von Forschungsergebnissen in die Anwendung sind Selbständigkeit, Eigenverantwortung und Freiheit. Das haben wir im Wissenschaftsfreiheitsgesetz so umgesetzt.

Das Wissenschaftsfreiheitsgesetz ist vom Kabinett verabschiedet. Der Bundesrat hat bereits Stellung genommen, im Bundestag war die erste Lesung, in wenigen Tagen werden Experten im Ausschuss für Bildung und Forschung angehört. Ich bin davon überzeugt, dass bereits in den Haushalt 2013 wesentliche Umsetzungsschritte eingebracht werden.

Und ich wünsche mir, dass die gesammelten Erfahrungen, die sich im Gesetz widerspiegeln, auch nach und nach in die Gesetzgebungen der Länder Eingang finden, wenn es um die Hochschulen geht. Wenn Hochschulen und außeruniversitäre Forschung immer stärker miteinander kooperieren, ist es wichtig, dass beide Partner ein vergleichbares Regelwerk haben – im Blick auf das Budget, das Personal, die unternehmerischen Fähigkeiten und auf das berühmte Baurecht. Wir müssen es wagen, unsere Regelwerke so zu gestalten, dass die Dinge zügig gehen können. Und ich wünsche mir, dass dieses

Wissenschaftsfreiheitsgesetz auch eine Leitmarke für die anderen Partner im Wissenschaftssystem sein wird.

III.

Bei Fragen zum Klimawandel, zur Energiewende oder zu den Folgen des demographischen Wandels ist die Wissenschaft gefragter denn je. Solche großen und komplexen Fragen ganzheitlich zu beantworten, uns zu helfen, die richtigen Fragen zu stellen, dazu trägt die Helmholtz-Gemeinschaft wesentlich bei. Sie tut es mit großem Erfolg mit der programmorientierten Förderung. Diese strategische Neustrukturierung hat ein entscheidendes Merkmal: Sie zielt auf Spitzenleistungen durch Kooperation und Wettbewerb. Zu dieser Leistungsorientierung gehört die Evaluierung durch international hoch anerkannte Gutachterinnen und Gutachter. Hierzu laufen derzeit die Vorbereitungen. Es geht um Aktualität, Konkurrenzfähigkeit und wissenschaftliche Exzellenz. Alle Überlegungen und Weichenstellungen orientieren sich schon lange nicht mehr ausschließlich an einem nationalen oder einem europäischen Kontext, sondern am internationalen Kontext.

Und ich will es hier auch noch einmal sagen: Wir reden zu Recht viel über Anwendung, über Umsetzung, über neue Dienstleistungen, Produkte und Verfahren. Jeder von uns muss sich immer wieder vor Augen führen: Die Quelle dafür ist die Grundlagenforschung. Sie ist die Quelle der neuen Ideen. Sie kann man thematisch nicht immer planen. Die Politik muss dafür Räume schaffen.

Forschungszentren sind Zukunftsunternehmen. Erfolgreiche Forschung für die Gesellschaft braucht einen langen Atem. Ich betone das ausdrücklich und gerade vor dem Hintergrund, dass derzeit Überlegungen angestellt werden, die Unternehmereigenschaft der Helmholtz-Zentren auf ihren Anteil an angewandter Forschung einzuschränken. Ich sage hier ganz deutlich: Wir dürfen Grundlagenforschung nicht von angewandter Forschung trennen.

In den vergangenen Jahren ist es gut gelungen, der Öffentlichkeit deutlich zu machen: Großgeräte zielen auf Erkenntnisgewinn, aber sie sind vor allen Dingen Magnete für Spitzenforscher aus der ganzen Welt. Unsere forschungspolitischen Entscheidungen müssen wir deshalb so treffen, dass die Attraktivität Deutschlands für Spitzenforscherinnen und Spitzenforscher aus aller Welt erhöht wird. Ich sehe hier eine große Chance für die Helmholtz-Gemeinschaft, sich noch stärker als bisher als national und international agierende Forschungsorganisation zu profilieren – insbesondere wenn es darum geht, internationale Gemeinschaften der Spitzenforscher zu bilden.

Der Forschungs- und Innovationsstandort Deutschland steht hervorragend da. Das ist jedoch immer nur die Ausgangsbasis für die nächste Phase, für die nächsten Weichenstellungen, denn Stehenbleiben und Selbstzufriedenheit bedeuten Stillstand – und Stillstand ist Rückschritt. In den Koalitionsverhandlungen werden in Deutschland die Weichen für die zweite Hälfte der Dekade auch für das Wissenschaftssystem gestellt. Diese Entscheidungen betreffen die Partnerschaft zwischen 16 Ländern und dem Bund. Das Ziel muss sein, das, was in der ersten Hälfte der Dekade aufgebaut wurde, zu stabilisieren, weiterzuentwickeln und Sorge dafür zu tragen, dass wir in unseren Bemühungen nicht nachlassen.

Wir haben ein klares Zeichen gesetzt, indem wir in der Krise Schulden abbauen und zugleich mehr in Forschung und Entwicklung investieren. Das wirkt sich auch stimmungsmäßig positiv aus. Das betrifft die wirtschaftliche Dynamik, das betrifft das Beschäftigungssystem. Seit der Wiedervereinigung vor 22 Jahren war die Arbeitslosenquote in Deutschland nie so niedrig wie heute. Das hat auch mit Demografie zu tun, aber es hat natürlich auch damit zu tun, dass die Unternehmen diese Zeit der Krise genutzt haben, um ihre Innovationskraft zu stärken.

Allein die Zahl der FuE-Arbeitsplätze ist zwischen 2005 und 2010 um 15 Prozent auf 550.000 gestiegen. Das sind Arbeitsplätze mit Zukunft! Das sind Arbeitsplätze, die attraktiv sind – speziell auch für die junge Generation. Wer den Blick auf Europa wirft, der weiß, dass die Situation in Europa für die junge Generation höchst schwierig ist. Wenn jeder vierte junge Erwachsene in Europa im Alter bis 25 Jahre ohne berufliche Perspektive ist, dann ist das skandalös – nicht nur im Blick auf diese jungen Leute, sondern auch im Blick auf die Tatsache, dass Europa mit seiner demografischen Entwicklung jeden jungen Menschen braucht, dass der Fachkräftebedarf nie und nimmer gedeckt werden wird, wenn hier keine guten Lösungen gefunden werden.

Im nächsten Jahr werden die Weichenstellungen für den Hochschulpakt erfolgen, der bis 2020 vereinbart ist. Was den Pakt für Forschung und Innovation betrifft, möchte ich betonen: Ich stehe dazu und werde alles dafür tun, dass diese fünf Prozent auch in der zweiten Hälfte der Dekade gehalten werden können. Dies gibt uns und den Forschungsorganisationen unter anderem die Möglichkeit, den Weg der Internationalisierung weiter voranzubringen.

Und ich bin froh, dass die Bundesregierung am Ende dieser Legislaturperiode Wort gehalten haben wird, im Gesamthaushalt zusätzliche 12 Milliarden Euro für Bildung und Forschung zur Verfügung zu stellen. Nach den Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag werden von 2010 bis 2013 insgesamt sogar 13,3 Milliarden Euro zusätzlich bereitgestellt werden. Allein der Zuwachs von 2012 auf 2013 beziffert sich auf 800 Millionen Euro. Im nächsten Haushalt stehen 1,8 Milliarden Euro nur für neue Studienplätze zur Verfügung. Wir gehen in

die Breite, denn die Hochschulen sind das Herzstück unseres Wissenschaftssystems. Und deshalb ist die Änderung des Artikels 91b ein wichtiges Thema.

V.

Von den Impulsen des Wissenschaftsrates verspreche ich mir eine Grundlage für Weichenstellungen zu weiterer Internationalisierung des Wissenschaftssystems und zu weiteren Kooperationen – und zwar nicht von der Politik irgendwie verordnet, sondern aus der Wissenschaft heraus diskutiert, von der Wissenschaft konzipiert und in guter Partnerschaft zwischen dem jeweiligen Land und dem Bund durchgeführt. Wir alle kennen die starken Standorte mit vielen Instituten, mit starken Hochschulen, aus denen internationale Leuchttürme werden können. Jede Form der Kooperation und im Zweifelsfall auch damit verbundener finanzieller Verstärkung bedeutet einen Mehrwert für alle Akteure und ist für das Land eine Quelle künftigen Wohlstands.

Die Innovationsfähigkeit angesichts unserer Bevölkerungsentwicklung zu stärken, das betrifft nicht nur Deutschland, sondern gilt in besonderer Weise auch für Europa. Europa hat nicht nur überschuldete öffentliche Haushalte und vielerorts eine schlechte Perspektive für eine junge Generation. Europa hat nicht genügend Innovationsstärke. Europa diskutiert mehr über Risiken als über Potenziale. Ich bin deshalb froh, dass in „Horizon 2020“, das neue europäische Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, unsere Erfahrungen mit der Hightech-Strategie eingeflossen sind. Ich danke der Helmholtz-Gemeinschaft für die Impulse, die sie in diesen Diskussionsprozess eingebracht hat. Ich bitte Sie, nehmen Sie Ihre führende Rolle in den europäischen Forschungskonsortien wahr; nehmen Sie Leitungsfunktionen in internationalen Verbänden wahr; geben Sie dort entscheidende, lenkende Impulse.

Diese Strategie zu mehr Innovationskraft in Europa muss gestärkt werden. Ich glaube, hierbei kann in den nächsten Jahren die vielfältige Erfahrung in Deutschland helfen. Im Jahr 2000 haben die Staats- und Regierungschefs entschieden, drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in Forschung zu investieren – ausgehend von 1,2 Prozent. Es kann nicht sein, dass sie zehn Jahre später bei 1,3 Prozent angekommen sind. Das ist keine Strategie. Solche Beschlüsse, die auf europäischer Ebene für Forschung und Entwicklung getroffen werden, brauchen mehr Verbindlichkeit. Dazu müssen jetzt die Voraussetzungen geschaffen werden. Davon werden alle profitieren. Die konsequente Investition auf europäischer Ebene in Forschung und Entwicklung ist besser als jedes Wachstumsprogramm und jedes Konjunkturprogramm.

Vielen Dank.